Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: vierzehntäglich 8 Beilagen — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich [illegible],50 M., monatlich 2,20 M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich 5.50 M., monatlich 1.85 M. Durch die Post vierteljährlich 6.— Mk., monatlich 2 — Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum hier 35 Pfg, auswärts 45 Pfg., Reklamezeile 120 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichtinnehaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 45 bezw. 120 Pfg. in Kraft.

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6764 Breslau.

Nummer 138 | Dienstag, den 15. Juni 1920. | 38. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichspräsident Ebert hat den Reichskanzler Müller mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

* Der neugewählte Reichstag wird voraussichtlich am 24. Juni zusammentreten.

* Nach dem berichtigten Gesamtergebnis erhalten die Mehrheitssozialisten im neuen Reichstag 111 Mandate.

* Das Kabinett Renner in Österreich hat seine Demission gegeben.

* Die Alliierten wollen Deutschland eine größere Anleihe gewähren, unter der Bedingung, daß das Reich ihrer Finanzkontrolle unterstellt wird.

* In der Frage der Kabinettsbildung hat der Reichspräsident den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Staatsminister a. D. Dr. Heinze, zu einer Besprechung gebeten.

* Die Unabhängigen lehnen den Eintritt in jedes Koalitionsministerium ab und fordern in einem sozialistischen Kabinett die entscheidende Stellung.

* Der Reichspräsident hat den Belagerungszustand im Ruhrrevier und in Schlesien aufgehoben.

* Durch eine Verordnung des Reichswehrministers werden bei der Reichswehr und der Marine besondere Wehrkammern errichtet.

* Der vorläufige Reichswirtschaftsrat tritt am 30. Juni in Berlin im Herrenhause zusammen.

* Wie verlautet, ist die baldige Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Öle und Fette in Aussicht genommen.

* Der bisherige Chef der Heeresleitung, General Reinhardt, ist zum Befehlshaber des württembergischen Wehrkreiskommandos ernannt worden.

* Die Preußische Landesversammlung hält vom 23. Juni ab eine kurze Tagung ab.

* Im sächsischen Kohlenbergbau soll mit Zustimmung der Betriebsräte die achtstündige Arbeitszeit wieder eingeführt werden.

* Der Anschluß Koburgs an Bayern wird endgültig am 1. Juli vollzogen. Das Staatsministerium von Koburg bleibt vorläufig noch als Abwicklungsstelle bestehen.

Der zweite Versuch.

Mit Herrn Müller, dem bisherigen Reichskanzler, war es nichts, also wendet der Herr Reichspräsident seine Augen weiter nach rechts, über Demokratie und Zentrum hinaus zur Deutschen Volkspartei, der eigentlichen Siegerin im Wahlkampf. Der Vorsitzende dieser Partei, Dr. Heinze, ist von Herrn Ebert um eine baldige Unterredung ersucht worden und wird wohl, da er augenblicklich in Dresden weilt, sich Montag beim Reichspräsidenten einfinden. Danach wird sich entscheiden, ob er den Auftrag, ein Kabinett zu bilden, übernehmen kann oder nicht. Der zweite Versuch wird vielleicht ebenso rasch fehlschlagen wie der erste.

Herr Müller freilich hat sich seine Aufgabe verhältnismäßig leicht gemacht. Seine Bemühung bestand lediglich in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Unabhängigen, den „werten Genossen" Crispien, vom 11. Juni, worin er von vornherein nur eine Koalitionsregierung für möglich erklärt, da keine Partei bei den Wahlen die Mehrheit der Reichstagssitze erhalten habe. Die Beteiligung der Unabhängigen an der Regierung sei das Nächstliegende, da die Wahlen sie zur zweitstärksten Partei des künftigen Reichstages gemacht hätten. Ihre Teilnahme an der Regierung erscheine ihm aber auch deshalb besonders notwendig, weil nur durch eine nach links hin verstärkte Koalitionsregierung unsere republikanischen Einrichtungen gegen alle Angriffe von rechts verteidigt, reaktionäre Attentate auf den Achtstundentag und die sozialpolitische Errungenschaft der Nachkriegszeit abgewehrt und eine auswärtige Politik durchgeführt werden könne, die den republikanischen und pazifistischen Ideen der weit überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes entspreche. Folgt eine freundlichste Einladung zur mündlichen Besprechung über den Eintritt von Mitgliedern der Unabhängigen in die neu zu bildende Regierung. „Ergebenst Müller."

Postwendend, vom gleichen 11. Juni datiert, antwortet „ergebenst Crispien". Nicht dem „werten Genossen", sondern dem „sehr geehrten Herrn Reichskanzler". Eintritt in die Regierung? Unmöglich. Die bisherige Koalitionsregierung hatte sich ja die Wiederaufrichtung der im Kriege zusammengebrochenen kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft zum Ziele gesetzt und zur Niederhaltung des Proletariats den Militarismus neu belebt und gestärkt. Ihre Unterstützung durch die U. S. P. D. wäre gleichbedeutend mit Verrat an den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern. Ihr Programm sei der rücksichtslose proletarische Klassenkampf mit dem Ziel der Beseitigung der kapitalistisch-militaristischen Klassenherrschaft. Die Politik der Koalitionsregierung hätte lediglich dazu geführt, die wahren Machtverhältnisse zu verschleiern und die Arbeiterklasse in ihrem Vormarsch zu behindern. Wenn jetzt die Reaktion bei den Wahlen erstarkt sei, so sei das lediglich die Folge der rechtssozialistischen Kompromißpolitik mit den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse, die nur durch eine grundsätzlich klare und konsequente sozialistische Politik mit dem Endziel der Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Alleinherrschaft wirksam bekämpft werden könnn. Für die U.S.P.D. komme nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit habe, den bestimmenden Einfluß ausübe und in der ihr Programm Grundlage der Politik bilde. Sprach's — und empfahl sich mit der Versicherung, daß hiernach wohl eine mündliche Aussprache mit dem Herrn Reichskanzler gänzlich gegenstandslos sei.

Was blieb Herrn Müller hiernach anderes übrig, als den Auftrag zur Kabinettsbildung dem Reichspräsidenten zurückzugeben. Der „Vorwärts" sagt dazu, daß die Unabhängigen auf diese Weise die Bildung einer Rechtskoalition erzwungen hätten. Er stellt fest, daß sie bei den Wahlen von rund 25 Millionen nur gerade 5 Millionen Stimmen gewonnen hätten, und daß sie im Reichstage mit ihren 80 Mandaten nicht einmal den fünften Teil der Volksvertretung hinter sich haben. Aber das Blatt wird sich daran gewöhnen müssen, daß solche Stimmen- und Zahlenverhältnisse auf die U. S. P. D.-Leute gar keinen Eindruck machen. Sie wollen entweder ganze Opposition oder ganze Regierung. Vorläufig erreichen sie damit den Austritt der Mehrheitssozialisten aus der Regierung, was immerhin schon eine sehr erhebliche Verstärkung ihrer taktischen Stellung im Parlament bedeutet. Möglicherweise wird dann auch die geistige und politische Führung des weiteren Kampfes um die Herrschaft im Reiche auf sie übergehen, und sollte dann die Wiedervereinigung der beiden Bruderparteien endlich erreicht werden, so wird sie sehr wahrscheinlich unter dem Zeichen der U. S. P. D. und nicht der S. P. D. sich vollziehen. Will heißen: im Zeichen der Diktatur, nicht der Demokratie.

So weit sind wir heute noch nicht. Die Unabhängigen ziehen vor, zu warten. Herr Ebert aber muß sich an die Deutsche Volkspartei wenden, und Herr Heinze soll es nun mit einer neuen Regierung versuchen. Ein viel erfahrener Mann. In den Kapptagen war er es, der durch eine Verständigung unter allen Parteien der Nationalversammlung die Verfassung auf gütlichem Wege wieder herzustellen suchte, dessen Bemühungen später auch von den damaligen Regierungsparteien loyal anerkannt wurden. Aber der elementare Ausbruch des Generalstreiks durchkreuzte diesen Plan, bei dem es in erster Linie darauf abgesehen war, den Bürgerkrieg zu verhindern. In Sachsen, seiner engeren Heimat, hat Dr. Heinze als Justizminister gleichfalls schon löblich gewirkt, und vorher war er in Konstantinopel mit der Modernisierung der türkischen Rechtspflege erfolgreich beschäftigt. Die ihm jetzt zugemutete Aufgabe stellt ihn allerdings vor Schwierigkeiten ganz besonderer Art. Er wird, wenn er den Auftrag des Reichspräsidenten entgegennimmt, bereits vor endgültigen Beschlüssen der Mehrheitssozialdemokratie stehen, und damit aller Wahrscheinlichkeit nach seine Bemühungen auf die rein bürgerlichen Fraktionen beschränken müssen. Lehnen die Demokraten jede Regierung ab, in der keine Sozialdemokraten sitzen, so würde nur noch eine ausgesprochene Rechtsregierung übrig bleiben, die nicht einmal eine zahlenmäßige Mehrheit im Reichstag zur Verfügung hätte. Dann würde sie sich auf eine Art Wirtschaftsprogramm beschränken müssen, dem von links her kein besonderer Widerspruch entgegengesetzt zu werden brauchte. Das aber ist natürlich leichter gesagt als getan; zumal auf der einen Seite die bevorstehende Konferenz von Spa auch wichtige außenpolitische Entschließungen von uns erfordert, und auf der anderen Seite die Absichten des radikalen Teiles unserer Arbeiterschaft vielleicht gleichfalls sehr bald Maßnahmen mit sehr ausgeprägtem politischen Charakter erforderlich machen. Einen freien Willen gibt es heute auch bei den Reichstagsparteien und ihren Führern nur in sehr engen Grenzen. Es müßte schon eine machtvolle Persönlichkeit kommen, um die Schablonenhaftigkeit des Denkens und Handelns, wie sie mehr und mehr bei uns zur Herrschaft gelangt ist, zu durchbrechen. Ob Herr Dr. Heinze dieser Mann ist?

Hüben und drüben.

Es ist, als wenn eine allgemeine Krisenluft durch Europa ginge. Dem Rücktritt der deutschen Reichsregierung ist die wohl schon als Tatsache zu betrachtende Trennung der Koalition in Deutsch-Österreich gefolgt, dem Zusammenbruch des Ministeriums Nitti in Italien der Rücktritt des Kabinetts Skulski in Warschau. Ein treffendes Spiegelbild der sozialen wie der politischen Erschütterungen, die im Gefolge des Weltkrieges überall zu beobachten sind, bei den Siegern nicht viel weniger wie bei den Besiegten.

Sieht man etwas näher zu, so scheint sich in Wien und in Berlin eine Rechtsorientierung vollziehen zu wollen, während in Rom und in Warschau das Steuer um einige Grade nach links herumgedreht werden soll. In Deutschland hat das Volk selbst gesprochen, und sein Spruch scheint die Folge zu haben, daß der bisher eingehaltene Linkskurs etwas mehr der Mitte zugekehrt wird. In Österreich haben die Christlich-Sozialen zusammen mit den seit einiger Zeit entschiedener auftretenden groß-deutschen Richtungen den überragenden Einfluß der Sozialisten nur noch widerwillig ertragen, innerhalb wie außerhalb des Parlaments immer heftiger gegen ihn aufbegehrt und jetzt schließlich, bei der Frage über die Beibehaltung der Soldatenräte in der neu zu bildenden Heimatwehr, auch die letzte Rücksicht fallen gelassen. Hüben und drüben gab es bitterböse Worte, und man steht sich zum sofortigen Absprung von der bisherigen gemeinsamen Steuerbrücke bereit gegenüber. Die Sozialdemokraten scheinen auch hier lieber in die Opposition zurückkehren zu wollen, als in Fragen allergrundsätzlichster Natur nachzugeben. Eine Regierung gegen die Arbeiterschaft halten sie für so gut wie unmöglich, so entschlossen sich auch ihre politischen Gegner zum Abbruch bereit zeigen. Die Christlichsozialen gebärden sich, wie immer, recht rabiat, offenbar auch ermutigt durch den ganzen Gang der Entwicklung, den sie in Deutschland, und namentlich in Süddeutschland sich vollziehen sehen. Ist doch in Bayern z. B. das dortige Zentrum als weitaus stärkste Partei in den Landtag gewählt, unter so starker Zurückdrängung der Linksparteien, daß das rechtsstehende Bürgertum das neue Parlament, wenn es nur will, nahezu ausschließlich beherrschen kann. Was in München in so kurzer Zeit möglich gewesen ist, das scheint man auch für Wien wenigstens versuchen zu wollen, ganz abgesehen davon, daß ja auch im benachbarten Ungarn die Sozialdemokratie mit allerdings mehr schlechten als rechten Mitteln völlig mundtot gemacht worden ist. An leidenschaftlichem Temperament haben die Budapester Arbeiter es sonst ebensowenig fehlen lassen wie die Wiener, aber die vieljährigen Kriegs- und Revolutionsleiden haben ihre Widerstandskraft wohl vorzeitig gebrochen, und ob, wenn es zur letzten Entscheidung kommen sollte, die Wiener Arbeiterschaft sich ihnen darin überlegen zeigen würde, ist sehr die Frage. In dem immer noch großen Deutschland wird nach Kompromissen gesucht, um die Gegensätze nicht bis zum Bruch treiben zu müssen. Hier hat man inmitten einer Krisis von ziemlich ungewöhnlicher Schwere noch die Ruhe, eine Reichsschulkonferenz in der Reichshauptstadt zusammentreten und sie mit sehr klugen, sehr maßvollen und sehr vermittelnden Ministerreden eröffnen zu lassen. Derselbe Herr Koch, der den Wahlkampf soeben als scharfer demokratischer Draufgänger geführt hat, bemüht sich hier in dieser Versammlung von Fachleuten für die Entpolitisierung der Schule und erklärt sich bereit, das Gute zu nehmen, woher es auch komme. Und einem Versuch, die politische Krisenluft auch in diesen Sitzungssaal einzuführen, tritt er mit großer Entschiedenheit entgegen. So ist Deutschland, so war Deutschland. So ist es immer wieder hochgekommen, wenn es auch noch so tief gefallen war. Möchte es mit unserem Bruderstaat an der Donau doch auch so beschaffen sein.

In Rom aber ist das Ministerium Nitti unter dem Jubel der Sozialisten vom Schauplatz abgetreten. Wenn wirklich Giolitti das Steuer wieder in die Hand nehmen sollte, werden sie ihn ganz gewiß nicht als den Mann ihres Vertrauens begrüßen; denn daß Giolitti über eine starke Faust verfügt, hat er vor dem Kriege zur Genüge bewiesen. Aber daß die Welt, auch die italienische Welt, sich mittlerweile gründlich geändert hat, weiß er so gut wie irgendeiner, und daß die Stimmung in der Arbeiterschaft sorgfältiger als je zuvor beachtet werden müsse, braucht einem so erfahrenen Politiker wie diesem selbstverständlich nicht erst gesagt zu werden. Aber freilich, die Lebensmittelteuerung ist nachgerade ebenso schwer aus der Welt zu schaffen wie der durch D'Annunzio vom Zaun gebrochene und zielbewußt unterhaltene Adriakonflikt, und ehe nicht auch Italien von einer rein sozialistischen Regierung geleitet wird, wird es kein Kabinett des Königs den sozialistischen Parteien recht machen können. Nicht viel anders steht es mit dem Siege, den die polnischen Sozialisten soeben in Warschau errungen haben. Auch dort ist die soziale und wirtschaftliche Zerrüttung viel zu weit vorgeschritten, auch dort die außenpolitische Lage des Landes viel zu schwierig geworden, als daß ein bloßer Regierungswechsel an der gegebenen Lage viel zu ändern vermöchte. Die Arbeiter- und die Bauerndemokratie, die jetzt in Polen ans Ruder kommt, hat wohl einen stark ausgeprägten Herrschaftswillen, um so ärmer ist sie aber an politischen Erfahrungen. Und so sehr sie den Frieden mit Sowjetrußland herbeisehnt, so berechtigt wird die Frage sein, ob gerade der jetzige Zeitpunkt zur Einstellung der Feindseligkeiten geeignet ist. Daß hier die kämpfende Armee ein entscheidendes Wort mitzusprechen hat, versteht sich von selbst, wobei über die Tatsache nicht hinwegzukommen ist, daß die Taktik der Moskauer Regierung bei allen Friedensverhandlungen, die sie erstrebt und die sie geführt hat, sehr eigentümliche Wege zu gehen pflegte. Aber jedenfalls scheint auch für das neue Polenreich eine entscheidende Wendung gekommen zu sein.

So bestätigt es sich auch an diesen Regierungskrisen in Berlin und Wien, in Rom und Warschau, daß der Versailler Friedensvertrag nichts weniger als das Ende aller Dinge geworden ist. Im Gegenteil, wir sind jetzt erst recht in einem dauerhaften Krisenzustand hineingeraten, dessen Wirkungen über alle alten und neuen Völkergrenzen hinweg sich bemerkbar machen. Wie sagte Hindenburg, als der Feind im Westen, bei einer der großen deutschen Offensiven, an einer Stelle zu wanken und zu weichen begann? „Die Geschichte ist ins Rutschen gekommen." Uns will scheinen, daß auch die Festigkeit der europäischen Staatswesen bedenklich ins Rutschen gekommen ist. In Spa sollte man sich ernstlich überlegen, wie das gekommen ist.

Dr. Sy.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 13. Juni.

Verschleuderung von Heeresgut.

Dresden. Von den Reichsstellen waren große Posten neuer sächsischer Militärtornister mit und ohne Fellrücken für 3 Mark an eine Berliner Firma verkauft worden. Die sächsische zuständige Stelle hat die Auslieferung der bei ihr lagernden 40 000 Tornister verweigert und damit wenigstens diesen Posten vor dem Verschleudern gerettet.

Französische Mordbuben.

Gleiwitz. Als sich hier mehrere Gymnasiasten lächelnd über die auffällige Uniform eines schottischen Soldaten unterhielten, stachen französische Soldaten mit Seitengewehren auf die Schüler ein, von denen drei schwer verletzt wurden. Die Erregung der Bevölkerung ist ungeheuer.

„Vergessen wir niemals."

Antwerpen. In Antwerpen ist eine antideutsche Liga unter dem Namen „Vergessen wir niemals" gegründet worden. Laut „Etoile" findet demnächst eine Kundgebung gegen die Rückkehr der Deutschen nach Antwerpen statt.

Eine neue Note in Aussicht.

London. Der Botschafterrat befaßte sich mit der Angelegenheit des deutschen Obersten Xylander und dem Entwurf einer Kollektivnote an Deutschland über die Verletzung der Artikel 264 und 267 des Friedensvertrages, die die Gleichberechtigung im Handel festlegen.

Zerfall der Konferenz von Spa?

Rom. Die dem Ministerium des Auswärtigen nahestehende „Tribuna" veröffentlicht längere Untersuchungen über die Frage der deutschen Entschädigung und deren Verteilung unter die Alliierten und protestiert namentlich gegen die Tatsache, daß Belgien 12 % der Summe erhalten solle, obwohl es gegen 650 000 italienische nur 40 000 Tote im Weltkriege gehabt hätte. Die „Tribuna" schreibt, daß Italien im Falle einer Ablehnung seiner Forderungen „mit Schmerzen, jedoch in allem Ernste von Spa fernbleiben müsse".

Der alte Kurs in Italien.

Rom. Die römischen Blätter beschäftigen sich eingehend mit den Folgen, welche die Regierungskrise in außenpolitischer Hinsicht namentlich mit Bezug auf die Konferenz von Spa haben könnte. Sie kommen fast alle zu der Erkenntnis, daß auch die neue Regierung in der auswärtigen Politik keinen anderen Kurs einschlagen werde als Nitti.

Militärrevolte in Triest.

Chiasso. In Triest ist eine Militärrevolte ausgebrochen. Um die Abfahrt von Truppen nach Albanien zu verhindern, zogen Soldaten und sozialistische Arbeiter durch die Stadt mit Rufen: „Nieder mit dem Krieg!" Gegen Mitternacht schritten Königsgarden und Karabiniere ein. Gruppen von Nationalisten eröffneten das Feuer gegen die Sozialisten und rebellischen Soldaten. Der Kampf dauert noch fort. Die Rebellen haben sich im Städtzentrum verschanzt. Laut „Secolo" gab es viele Tote und Verwundete.

Verwaltungsreform in Preußen.

Berlin. Die Vorarbeiten für die Reform der preußischen Verwaltung sind jetzt so weit gediehen, daß dem preußischen Staatsministerium schon seit einer ganzen Reihe von Monaten Entwürfe zu einer neuen Landgemeindeordnung, einer neuen Städteordnung, einer neuen Kreisordnung und einer neuen Provinzialordnung vorliegen. Es handelt sich um einen großen systematischen Aufbau, der, wie anzunehmen ist, wenn nicht dem gegenwärtigen, so doch dem neuen preußischen Landtag unmittelbar nach seinem Zusammentritt vorgelegt, also vermutlich im Frühjahr 1921 zur Beratung und Beschlußfassung reif sein wird.

Aufrechte Stadtväter.

Sonderburg. Die Stadtvertreter lehnten mit 13 gegen 8 Stimmen einen Antrag von dänischer Seite auf Bewilligung von 20 000 Kronen für die Ausschmückung der Stadt anläßlich des Besuches des dänischen Königs ab.

Schwere Ausschreitungen in Graz.

Wien. Die Regierung hat infolge schwerer Ausschreitungen in Graz über diese Stadt den Belagerungszustand verhängt. Bisher wurden 11 Todesopfer gezählt.

Mandatsniederlegung in Österreich.

Graz. Den Zeitungen zufolge, haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung und des Landesrates, der Bürgermeister und die sozialdemokratischen Stadträte ihre Mandate niedergelegt.

Schwere Streikunruhen in Apulien.

Basel. „Corriere della Sera" meldet, daß in Bari neue Straßenkämpfe stattgefunden haben, in deren Verlauf wiederum viele Personen getötet und verwundet wurden. Alsdann rückte Kavallerie in die Stadt ein, welche bei ihrem Einzug aus dem Hinterhalt beschossen wurde. Die Streikenden in der Stadt errichteten Barrikaden und Schützengräben, die von dem Militär im Sturm genommen wurden, wobei Maschinengewehre und Panzerautos mitwirkten.

Frankreich und Rußland.

London. Es ist Lloyd George gelungen, Frankreich davon zu überzeugen, daß die Verhandlungen mit Rußland über die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs durchaus notwendig seien. Frankreich wird daher zu diesen Beratungen ebenfalls Vertreter nach London entsenden.

Russische Rubel für die Kommunisten.

Stockholm. Nach einem Funkspruch aus Moskau kam es in der letzten Sowjetsitzung zu einer lebhaften Auseinandersetzung über die Frage, weshalb die Kommunisten bei der Reichstagswahl in Deutschland so wenig Erfolg gehabt hätten. Man verlangte die Abberufung des bolschewistischen Vertreters in Berlin, Viktor Kopp, dem doch zur Förderung des deutschen Kommunismus rund 50 Millionen Rubel mitgegeben worden seien.

Verschiedene Meldungen.

Stettin. In dem Konflikt zwischen dem Landrat des Kreises Neustettin und dem Mitglied des Ausschusses des Kreistages, Herrn v. Herzberg-Lottin, ist nunmehr von der Regierung auf Antrag des Landrates Herr v. Herzberg-Lottin von seinem Amt suspendiert.

Moskau. Auf Lenin wurde ein neues Attentat von einem Roigardisten verübt. Lenin wurde an der Hand verletzt.

Rom. Der italienische Staatssekretär Graf Sforza hatte in London eine lange Unterredung mit Lloyd George, den er, wie es scheint, für eine Erhöhung der italienischen Quote an der deutschen Wiedergutmachungssumme gewann.

Braunschweig. Die Wahl der neuen Landesregierung ist wegen abermaliger Beschlußunfähigkeit der Landesversammlung auf den 15. Juni vertagt worden.

Nürnberg. Das Landesfinanzamt Nürnberg soll nach Bamberg verlegt werden, da die Stadt Nürnberg für die 500 Beamten keine Wohnungen stellen kann.

Posen. Der Minister für die ehemals preußischen Teilgebiete hat den Belagerungszustand für die neu übernommenen Länder, die jenseits der Demarkationslinie gelegen waren, und den Ausnahmezustand in dem 20-Kilometer-Streifen längs der deutsch-polnischen Kampflinie aufgehoben.

London. Nach einer Pekinger Meldung ist John Calvin Fergusson, früher Rat im chinesischen Staatsdepartement, an Stelle des verstorbenen Dr. Morrison zum politischen Ratgeber des Präsidenten von China ernannt worden.

Lugano. Wie man aus Rom meldet, ist Giolitti offiziell mit der Kabinettsbildung beauftragt worden.

Amsterdam. Laut Londoner Meldung ist für den 2. Juli eine Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand in Brüssel als Vorbereitung für die Konferenz in Spa vereinbart worden.

Frühere und jetzige Reichstagswahlen.

Rück- und Ausblicke.

Die jüngsten Reichstagswahlen haben die bisherigen parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse erheblich geändert. Die drei Parteien, aus denen bisher die Regierungsmehrheit bestand, Mehrheitssozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, verfügten in der Nationalversammlung über eine reichliche Dreiviertelmehrheit; im neuen Reichstage dagegen haben sie bestenfalls nur die einfache Mehrheit und auch diese nur sehr knapp.

Reichstagswahlen mit so einschneidenden Folgen bilden bei uns Ausnahmen. Die Wahlen zur Nationalversammlung konnten mit den früheren Reichstagswahlen nicht verglichen werden, da sie sich unter völlig veränderten Verhältnissen vollzogen. Das Wahlrecht war durch Verleihung dieses Rechts an das weibliche Geschlecht und durch Herabsetzung des Wahlalters ungemein erweitert, die Wahlkreiseinteilung war in bedeutsamer Weise umgestaltet und das Wahlverfahren war durchaus verschieden von dem bisherigen. Aber zwischen den Wahlen zur Nationalversammlung und den Wahlen zum neuen Reichstage ist ein Vergleich ohne weiteres zulässig.

Deutschland ist inzwischen an Umfang und Bevölkerungszahl kleiner geworden, auch haben sich die Abstimmungsgebiete an der Wahl nicht beteiligen dürfen. Ferner hat man die Wahlkreiseinteilung und das Wahlverfahren etwas geändert, im großen und ganzen jedoch haben sich die jetzigen Wahlen auf derselben Grundlage vollzogen wie die zur Nationalversammlung. Daher ist die Verschiedenheit des Ergebnisses bei den vorjährigen und den diesjährigen Wahlen auffallend, und zwar um so mehr, als das jetzt angewandte, auf der Verhältniswahl beruhende Wahlverfahren eher geeignet ist, eine Partei vor außergewöhnlichen Verlusten zu schützen, als das frühere Verfahren, bei dem in jedem Wahlkreise die Minderheit der Stimmen, und möchte sie noch so groß sein, unberücksichtigt blieb. Durch die große Verschiebung, die sie in den Mehrheitsverhältnissen bewirkt haben, gemahnen die jetzigen Reichstagswahlen an die als Kartellwahlen in der Geschichte lebenden Reichstagswahlen von 1887 und an die als Blockwahlen oder, wie die Sozialdemokraten sie spöttisch nannten, als „Hottentottenwahlen" bekannten Reichstagswahlen von 1907. Den Kartellwahlen war die Auflösung des Reichstags vorausgegangen, die durch die Ablehnung der großen Militärvorlage veranlaßt war, und die Blockwahlen folgten der Auflösung, die in der Ablehnung von Forderungen für Südwestafrika ihren Grund hatte. Bei den Kartellwahlen erlitten Sozialdemokraten und Fortschrittsparteien große Verluste, und es kam zu einer aus den Nationalliberalen, den Konservativen und der Reichspartei bestehenden Mehrheit. Die „Blockwahlen" fügten den Sozialdemokraten schwere Verluste zu, und es kam eine von den Konservativen, der Reichspartei, den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei gebildete Mehrheit zustande. Hervorzuheben ist, daß sowohl nach dem „Kartell-Reichstage" als auch nach dem „Block-Reichstage" die Neuwahlen wieder ein erhebliches Erstarken der Oppositionsparteien ergaben. Der Reichstag von 1890 lehnte die Caprivische Militärvorlage ab und in den Reichstag von 1912 zogen nicht weniger als 110 Sozialdemokraten ein.

Die jetzigen Zeiten sind viel zu bewegt und ereignisreich, als daß man Vermutungen über die nächsten Reichstagswahlen hegen könnte. Früher beschränkte sich die Wirkung des Wahlergebnisses auf die Regierung darauf, daß den leitenden Stellen die Verwirklichung ihrer Pläne erleichtert oder erschwert wurde. Gegenwärtig hängt die Regierung völlig vom Wahlergebnis ab. Die Wahlen entscheiden über Leben und Sterben der Regierung. Nur eine Regierung, die sich auf eine Mehrheit stützen kann, darf bestehen. Nach dem jetzigen Wahlergebnis hat das, wie die darauf sich beziehenden Beispiele lehren, seine großen Schwierigkeiten. *S.*

Arbeiter und Angestellte.

Essen. (Unruhen auf den Kruppwerken.) Mittwoch zogen mehrere hundert Arbeiter vor das Verwaltungsgebäude der Kruppschen „Friedrich Alfred-Hütte" in Rheinhausen und ersuchten die Werksleitung um sofortige Zusage von Lohnerhöhungen. Die Verwaltung erklärte, hierüber nur mit dem Betriebsrat als der gesetzmäßigen Vertretung der Arbeiterschaft verhandeln zu können. Die vor dem Gebäude demonstrierende Menge war inzwischen stark angewachsen und legte das gesamte Werk still. Arbeitswillige wurden aus den Werkstätten vertrieben. Die Ausführung von Notstandsarbeiten wurde mit Gewalt verhindert. Es kam zu Ausschreitungen und Mißhandlungen. Die Friedrich Alfred-Hütte mit 8500 Mann Belegschaft liegt seitdem völlig still. Keinerlei Notstandsarbeiten werden verrichtet. Der Betriebsrat der Hütte war von der Aktion nicht verständigt und vermochte bisher wenig Einfluß auszuüben. Eine Störung der übrigen Kruppschen Werke, die von Rheinhausen ihre Rohstoffe beziehen, und der von ihnen wieder belieferten weiterverarbeitenden Betriebe wird um so weniger zu vermeiden sein, je länger die Störung in Rheinhausen anhält.

Heereskammern!

Beratende und begutachtende Körperschaften.

Da schon seit längerer Zeit aus weiten Kreisen des Heeres und der Marine der Wunsch nach einer berufständigen Vertretung sich geltend gemacht hat, tritt das Reichswehrministerium nunmehr mit einer Verordnung hervor, die die Einrichtung einer vorläufigen Heeres- und einer vorläufigen Marinekammer ankündigt. Die Wehrkammer und die Erfahrungen, die man mit ihr machen wird, werden befruchtend auf den Gedanken der berufständigen Vertretung an sich wirken. Wir bringen nachstehend einen Auszug aus der Verordnung selbst:

1. Als beratende und begutachtende Körperschaften sind eine vorläufige Heeres- und eine vorläufige Marinekammer zu bilden. Erstere wird dem Chef der Heeresleitung, letztere dem Chef der Admiralität unterstellt. Bei wichtigen Lebensfragen der gesamten Wehrmacht kann der Reichswehrminister beide Kammern zu gemeinsamer beratender Tätigkeit vereinigen.

2. Die Tätigkeit der beiden Kammern erstreckt sich auf die Mitwirkung bei der Bearbeitung von Gesetzesvorlagen, die sich auf die Wehrmacht beziehen.

3. Die Mitglieder der Kammer und ihre Vertreter sind in geheimer Wahl zu wählen. Die Mitgliedschaft gilt bis zur Wahl der endgültigen Kammern. Die Ausführungsbestimmungen sind vom Reichswehrminister zu treffen.

Die Verordnung bringt dann alle Einzelheiten über die Zusammensetzung der neuen Kammern. Die Wahlen selbst erfolgen durch die bereits vorhandenen Vertrauensleute der einzelnen Truppenteile.

Die Reichsschulkonferenz.

a. Berlin, 11. Juni.

Der Sitzungssaal des Reichstages konnte kaum die Zahl der Teilnehmer fassen, als Reichsminister des Innern Koch heute die Reichsschulkonferenz eröffnete. In seinen Begrüßungsworten warnte Minister Koch vor einer Überschätzung der Möglichkeiten des in dieser Versammlung Erreichbaren. Er fuhr fort: Mit Stimmenmehrheit kann man keine wissenschaftliche Wahrheit festlegen. Wir sind hier nicht als Parteimänner, sondern als wissenschaftlich Strebende und Forschende. Gerade jetzt nach dem Wahlkampf ist es an der Zeit, daß wir uns wieder auf die Gemeinsamkeit kultureller Arbeit besinnen; hier ist am ehesten das einigende Band wiederzufinden. In den besonderen Aufgaben dieser Konferenz dürfte eine Übereinstimmung wenigstens der großen Mehrheit möglich sein. Voran stelle ich die Notwendigkeit, den nationalen Gedanken zu pflegen. Unser Volk hat ein Recht, stolz zu sein auf den kulturellen Fortschritt, den es der Welt geschenkt hat. An zweiter Stelle steht die Pflege des Gemeinsinns: an die Stelle des Zwanges tritt die Pflicht, an die Stelle der befohlenen Unterwerfung die bewußte Einordnung in das große Ganze. Weiter muß die Pflege der Arbeitsgesinnung in der Schule mehr betont werden. Und endlich muß die Schule eine Stätte der Duldsamkeit sein. Die Aufstiegsmöglichkeiten für Begabte müssen geschaffen werden, auch wenn sie früh schon haben einen praktischen Beruf ergreifen müssen. Die Einheitlichkeit des deutschen Schulwesens muß sichergestellt werden. Die Lehrerbildung muß auf eine einheitliche Grundlage gestellt werden.

Staatssekretär Heinrich Schulz legt die Aufgaben der Konferenz dar. Die Regierung will keine bureaukratische Gesetzgebung vom grünen Tisch, sie wird sich auch nicht auf die einmalige Mitarbeit der Schulmänner beschränken. Die Schulkonferenz ist kein Parlament. Die Regierung würde bedauern, wenn ein unsachlicher Nachhall politischer Parteifragen hier hineintöne. Die derzeitige im Gang befindliche Umbildung der Regierung kommt für die Konferenz nicht in Frage. Gegensätze sollen nicht verschleiert, sondern sachlich erörtert werden. Die Abstimmungen sollen der Regierung einen Schluß ermöglichen auf die Zahl der Anhänger der gutachtlichen Äußerungen. Auf die Mitarbeit soll auch in Zukunft nicht verzichtet werden.

Abg. Mumm betont namens seiner Freunde, daß sie zwar in der Konferenz mitarbeiten wollten, aber Protest erhöben gegen diese Konferenz, die unter einer Regierung stehe, die dem Präsidenten ihr Portefeuille zur Verfügung gestellt habe. Ebenso erhebt Herr Marx namens der katholischen Lehrervereinigungen und Schulorganisationen Protest und erklärt, daß die Abstimmungen kein Abbild der Anschauung des Gesamtvolkes abgeben könnten.

Nach kurzer Erwiderung des Reichsministers Koch sprechen die Herren Kerschensteiner und Direktor Binder, der lebhafte Polemik namentlich gegen die Anschauungen des Schulmannes Tews, Neuen dieser selbst entgegentritt, wobei es zu lebhaften Äußerungen, Für und Wider kommt. Damit sind die Arbeiten des ersten Tages erledigt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✖ **Keine neue Kandidatur Eberts.** Wie in Berliner Regierungskreisen behauptet wird, beabsichtigt der Reichspräsident Ebert nicht von neuem für die Präsidentschaft zu kandidieren. Herr Ebert soll besonders dadurch zu seinem Entschluß bewogen worden sein, daß er innerhalb seiner Partei gewisse Widerstände gegen seine Person findet. Er empfindet sie als ungerechtfertigt, weil seine Kritiker anscheinend übersähen, daß er als Reichspräsident keinen Parteiinteressen, sondern den Interessen der Gesamtheit des deutschen Volkes zu dienen habe.

✚ **Eine neue Note der Entente.** Die Alliierten haben an Deutschland eine Note gerichtet, in der sie energisch gegen die Nichtausführung der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages protestieren, da Deutschland die Neutralen und seine ehemaligen Verbündeten zum Nachteil der Entente mehr begünstigt habe.

✚ **Zusammentritt des Reichstages am 24. Juni.** Der neue Reichstag wird am 24. Juni zu seiner ersten Sitzung einberufen werden. Man nimmt an, daß bis dahin die neue Regierungsbildung zustandegekommen sein wird.

✚ **Die Zahl der weiblichen Abgeordneten im Reichstage** ist gegenüber der Nationalversammlung beträchtlich zurückgegangen. Während die Nationalversammlung 36 Frauen zählte, wird der neue Reichstag nur 22 weibliche Abgeordnete zählen und zwar 3 Deutschnationale, 2 Volksparteiler, 1 Zentrumsmitglied, 3 Demokratinnen, 8 Mehrheitssozialistinnen, 4 Unabhängige, 1 Kommunistin.

✚ **Beginn der Verfassungsberatungen in Preußen.** Der Ausschuß zur Vorberatung der preußischen Verfassungsvorlage ist für den 15. Juni einberufen worden. Der Ausschuß will seine Beratungen beschleunigen, damit das Plenum die Vorlage noch Anfang Juli verabschieden kann. Das Plenum der Landesversammlung wird vom 23. Juni ab tagen. Voraussichtlich wird es nur bis Mitte Juli Sitzungen abhalten. Ob der neue Etat verabschiedet werden wird, ist noch ungewiß.

✚ **Baldige Neuwahlen in Sachsen.** Die beiden sächsischen Regierungsparteien, die Sozialdemokraten und die Demokraten, veröffentlichen folgende Erklärung: Die beiden sächsischen Regierungsparteien sind gewillt, die Folgerungen aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen zu ziehen. Man wird deshalb die Regierungsbildung im Reiche abzuwarten haben. Die jetzige Kammermehrheit ist der Meinung, daß die Wahl zum neuen Landtage ungesäumt vorzunehmen ist, sobald die dringendsten Vorlagen, die im Interesse des Landes liegen, erledigt sind. Insbesondere müssen die Verfassung, zu deren Erledigung die Kammer gewählt worden ist, und die in übernächster Woche zu erwartende Wahlgesetzvorlage, sowie das Landesbesoldungsgesetz für die Gemeinden verabschiedet werden.

✚ **Schwierige Regierungsbildung in Braunschweig.** In der Sitzung der braunschweigischen Landesversammlung, in der die Bildung der neuen Regierung auf der Tagesordnung stand, wurde ein Antrag der Rechten, die Wahl

einer neuen Landesregierung solange auszusetzen, bis die Frage der Bildung der neuen Reichsregierung geklärt sei, abgelehnt. Die Abstimmung über einen Antrag der Unabhängigen, die Regierung aus drei Unabhängigen und zwei Mehrheitssozialisten zu bilden, ergab die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Es fehlte der größte Teil der Fraktion des Landesverbandes. Darauf wurde die Wahl der Regierung auf die nächste Sitzung vertagt.

+ **Baldige Abreise der Entente aus Schleswig.** Die Abreise der Ententekommission und ihrer Truppen aus der zweiten Zone steht unmittelbar bevor. Die Kommission in Flensburg hat bereits ihre Beamten angewiesen, die Koffer zu packen. Man erwartet stündlich aus Paris ein Telegramm darüber, daß die neue Grenzlinie den beiden Mächten notifiziert werde. Sobald diese Nachricht eingetroffen ist, wird die internationale Kommission mit ihren Besatzungstruppen binnen 48 Stunden das Abstimmungsgebiet verlassen. Seit Tagen liegt auf der Förde ein großer Transportdampfer. Kürzlich fand in Flensburg eine große Auktion von englischem Heeresgut statt.

+ **Ein Oberster Rat für Europa mit Einschluß Deutschlands.** Nach einer Meldung aus Paris verlautet in dortigen politischen Kreisen, daß Lloyd George den Obersten Rat endgültig zu beseitigen und an seine Stelle eine Konferenz von Italien, England, Frankreich, Deutschland und Rußland zu setzen sucht. Japan, Amerika und die kleinen Staaten sollen von dieser Konferenz, die ausschließlich für europäische Fragen zuständig sein soll, ausgeschlossen werden.

+ **Einspruchsfrist für Abstimmungsberechtigte.** Der Deutsche Schutzbund teilt mit, daß die Einspruchsfrist für Abstimmungsberechtigte in Ostpreußen bis zum 20. Juni verlängert worden ist. Stimmberechtigte, die den Wahlausweis bis zum 15. Juni noch nicht erhalten haben, tun daher gut, unverzüglich bei der Abstimmungskommission ihres Geburtsortes Einspruch zu erheben.

+ **Fristverlängerung für den Schleswig-Vertrag.** In der Pariser Botschafterkonferenz wurde beschlossen, daß die Frist, die der deutschen Regierung für die Beantwortung des Schleswiger Vertrages gesetzt wurde, verlängert werden soll. Die dänische Regierung hat in der festgesetzten Frist geantwortet. Deutschland hat es wegen der Ministerkrise nicht getan.

+ **Eine belgische „Greuel"-Liste.** Die belgische Justizkommission hat eine Liste der wegen Kriegsgreuel in Belgien beschuldigten Deutschen aufgestellt. Auf der Liste sind mehr als hundert Namen verzeichnet, unter ihnen die führenden Offiziere des früheren deutschen Hauptquartiers. Die Liste liegt seit dem 5. Juni der belgischen Regierung vor.

+ **Dr. Pfeiffer doch gewählt.** Eine nochmalige Nachprüfung des Wahlergebnisses in Potsdam II hat für das Zentrum eine Stimmenzahl von 23 863 festgestellt. Demnach wird sich das Gesamtergebnis der verbundenen Zentrumsliste aus dem Wahlkreise Berlin und Potsdam II wie folgt gestalten: Berlin 36 540, Potsdam II 23 863 Stimmen, zusammen 60 403 Stimmen. Damit ist der Zentrumskandidat Dr. Pfeiffer gewählt.

+ **Der Oberpräsident von Pommern, Lippmann,** hat mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen dem Ministerium des Innern und dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch unterbreitet. Beide Stellen haben abgelehnt, diesem Gesuch zu entsprechen.

+ **Rücktritt der sächsischen Regierung.** Der formelle Rücktritt der sächsischen Regierung wird in dieser Woche erfolgen. Die Regierung wird aber die Geschäfte weiter führen, bis die Neuwahlen erfolgt sind. Die Kammer erledigt noch die dringendsten Angelegenheiten und wird dann ebenfalls aufgelöst werden.

+ **Das Programm der Bayerischen Volkspartei.** Auf der Tagung des Landesvorstandes der Bayerischen Volkspartei stellte Abg. Hold folgende Richtpunkte auf: Säuberung des Landes von ausländischen Trägern des Bolschewismus, Revision der Reichsverfassung, Schaffung der Stelle eines bayerischen Staatspräsidenten, Erweiterung der Regierungskoalition in Bayern. Dem Eintritt der Mehrheitssozialdemokraten in die Regierung soll grundsätzlich kein Hindernis in den Weg gelegt werden. Bezüglich der Wahlen im Reich erklärte der Abg. Leicht, die Bayerische Volkspartei werde keinesfalls eine Koalition mitmachen, der die Unabhängigen angehören.

+ **Willkür in Oberschlesien.** Der Bürgermeister von Gleiwitz, Dr. Geißler, erhielt von dem dortigen französischen General den Auftrag, über die letzten Vorgänge keinen Bericht nach Berlin zu erstatten, ferner die Genehmigung einer Massenversammlung im Stadtgarten, in der energischer Protest gegen das Gebaren der französischen Soldaten erhoben werden sollte, nicht zu erteilen. Trotz Strafandrohung hatte er diesem Befehl mit der Begründung nicht entsprochen, daß zur Erteilung eines solchen Verbots die Franzosen allein nicht befugt seien, vielmehr eine Entschließung der Alliierten, wozu auch die Engländer, Italiener und Amerikaner gehörten, erforderlich sei. Er ist deshalb seines Amtes enthoben worden.

+ **Aufhebung des Ausnahmezustandes im Ruhrrevier und in Schlesien.** Der Reichspräsident hat auf Antrag der Preußischen Regierung nunmehr die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Ruhrgebiet verfügt. Die Verordnung wird als Tag des Außerkrafttretens den 17. Juni d. Js. bezeichnen. Die Ablieferung der Waffen wird hierdurch nicht berührt. Ferner hat der Reichspräsident die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Schlesien verfügt.

+ **Die Reichsschulkonferenz** beendete ihre Beratungen über die Einheitsschule. Zahlreiche Redner äußerten ihre Meinungen und Wünsche, die zum Teil weit auseinandergingen. Als letzter Diskussionsredner sprach Prof. Dr. von Harnack. Als einheitlichsten und ergreifendsten Entwurf erscheine der des Lehrers Tews, hinter dem viele Tausende von Lehrern ständen, und der der ernstesten Beachtung wert sei. Dann begannen die Verhandlungen über die Arbeitsschule.

+ **Zurückziehung der Schwarzen aus dem Saargebiet.** Nach Meldungen aus Saarbrücken ist die Zurückziehung der farbigen Truppen aus dem Saargebiet bis Mitte Juni beabsichtigt. Die Truppen sollen nach Polen bestimmt sein. Das Saargebiet soll alsdann eine französische Besatzung erhalten.

+ **Was die Kommunisten wollen!** Im „Kämpfer", dem Organ des einzigen, unmittelbar in seinem Wahlkreise gewählten Chemnitzer Kommunistenführers Heckert, wird in der Nummer vom 8. Juni folgendes erklärt: „Wir Kommunisten sind die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats. Unsere Stärke liegt nicht in der Abgabe eines Stimmzettels, sondern darin, daß wir in den revolutionären Aktionen, die uns unmittelbar bevorstehen, den zum revolutionären Kampf gezwungenen Massen wiederum führend vorangehen."

Österreich.

× **Demission des Kabinetts Renner.** Staatskanzler Dr. Renner, die sozialistischen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre, haben ihre Demission gegeben. Die Ursache der Krise liegt in schweren Differenzen zwischen den beiden Koalitionsparteien über die Verfassungsreform, die Vermögensabgabe und die Einführung von Soldatenräten in der neuen Armee.

Schweiz.

× **Exkaiser Karl will nach Ungarn.** Es verlautet, Exkaiser Karl habe sich an die Entente-Regierungen mit der Bitte gewandt, seine Rückkehr nach Ungarn zu gestatten. Der Exkaiser behaupte, daß er in der Schweiz wegen Mangels an Geldmitteln nicht bleiben könne, während er in Ungarn als Privatmann auf seinen Gütern leben könne.

Polen.

× **Rücktritt der Regierung.** Die polnische Regierung hat ihr Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Staatschef hat dieses angenommen und die Regierung gebeten, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen. Die in Pomerellen gewählten deutschen Sejmabgeordneten wurden vom Sejmmarschall empfangen und nahmen dann an der Sitzung des Sejm (polnischer Reichstag) teil.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 13. und 14. Juni.

Sonnenaufgang	3^{00} (3^{20})	Mondaufgang	1^{26} V. (2^{2} V.)
Sonnenuntergang	8^{31} (8^{21})	Monduntergang	4^{31} N. (5^{49} N.)

13. Juni. **Dichter Johann Gottfried Seume gest. — 1850 Geschichtsschreiber Max Lenz geb. — 1878 Beginn des Berliner Kongresses.**

14. Juni. **1866 Beginn des preußisch-österreichischen Krieges. — 1878 Geschichtsschreiber Friedrich v. Raumer gest. — 1899 Abschluß des Samoavertrages zwischen Deutschland, England und Amerika.**

Merkblatt für den 15. Juni.

Sonnenaufgang	3^{59}	Mondaufgang	2^{47} V.
Sonnenuntergang	8^{22}	Monduntergang	7^{1} N.

1843 Komponist Edward Grieg geb. — 1888 Kaiser Friedrich III. gest. — 1905 Afrikaforscher und ehemaliger Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Hermann v. Wißmann gest.

□ **Der zehnprozentige Lohnabzug.** Die Vorschriften über den Abzug von Einkommensteuer an Arbeitslohn, die am 25. Juni 1920 in Kraft treten, haben in der Öffentlichkeit vielfach zu irrigen Annahmen geführt. Es besteht die Ansicht, als ob nur der vom 25. Juni 1920 ab verdiente Arbeitslohn dem zehnprozentigen Abzug unterliege. Diese Auffassung ist irrig. Dem zehnprozentigen Abzug unterliegt jeder Arbeitslohn, der vom 25. Juni 1920 an zur Auszahlung gelangt, und zwar auch dann, wenn er auf eine vor dem 25. Juni 1920 liegende Zeit entfällt. Werden also beispielsweise für die Lohnwoche vom 21.—26. Juni 1920 250 Mk. Arbeitslohn ausgezahlt, so sind 10 % von den ganzen 250 Mk. zu kürzen. Werden am 30. Juni 1920 1000 Mk. Arbeitslohn für den Juni ausgezahlt, so unterliegen die ganzen 1000 Mk. dem Abzug. Eine Auseinanderrechnung also zwischen vor und nach dem 25. Juni verdienten Arbeitslohn findet nicht statt.

□ **Dringende Warnung vor vorzeitiger Auswanderung.** In Hamburg treffen in den letzten Tagen größere und kleinere Trupps mittelloser Auswanderer ein, die als Freipassagiere nach Brasilien wollen. Da eine solche Schiffahrtsgelegenheit weder jetzt noch in absehbarer Zeit vorhanden ist, stehen diese Leute dort ohne Obdach und Verdienstmöglichkeit, fallen den Behörden zur Last und haben ihre Zurückbeförderung in die Heimat zu gewärtigen. Es kann nicht dringend genug davor gewarnt werden, nach den Hafenstädten zu reisen, bevor die Abfahrt mit den beteiligten Stellen genau vereinbart ist. In Zweifelsfällen empfiehlt sich eine vorherige schriftliche Anfrage bei den behördlichen Auskunftsstellen.

□ **Schöffen- und Geschworenenlisten.** Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind in jeder Gemeinde alljährlich bis zum 1. August die Verzeichnisse der in den Gemeinden wohnhaften Personen aufzustellen, die zu dem Schöffen- und Geschworenenamte berufen werden können. Die Aufsichtsbehörden weisen jetzt die Gemeindevorsteher auf die sorgfältige Beachtung aller Bestimmungen bei Aufstellung der Listen hin und betonen, daß Personen, die zum Schöffenamt unfähig oder dazu nicht berufen sind, in die Listen nicht aufgenommen werden dürfen. Alle übrigen Personen (auch Gesellen, Arbeiter usw.) sind dagegen ohne Rücksicht auf die von ihnen entrichteten Steuern in die Urliste aufzunehmen. Die Aufnahme solcher Personen, zu deren Ausschließung ein gesetzlicher Grund nicht vorhanden war, darf (wie das früher häufig geschah) nicht mehr unterbleiben. Es sind auch alle Personen aufzunehmen, denen das Recht zur Seite steht, ihre Berufung zum Schöffenamt abzulehnen. Es muß abgewartet werden, ob sie von ihrem Ablehnungsrecht Gebrauch machen werden.

□ **Der Postverkehr nach dem Abstimmungsgebiet Schleswig.** Für den Postverkehr mit der von Dänemark besetzten ersten Zone des Abstimmungsgebietes Schleswig gelten vorläufig noch die Versendungsvorschriften für den inneren deutschen Verkehr. Für Postsendungen jeder Art nach der ersten Zone werden dementsprechend die deutschen Inlandsgebühren erhoben. Eine Einschränkung ist indes dadurch eingetreten, daß der Zahlkarten- und Zahlungsanweisungsverkehr in der ersten Zone eingestellt worden ist und Postprotestaufträge nach diesem Gebiet nicht zulässig sind. Ferner müssen Pakete nach der ersten Zone Schleswigs von zwei Zollinhaltserklärungen in deutscher Sprache, einem statistischen Anmeldeschein und einer Ausfuhrerklärung begleitet sein. Auf jedes Paket ist eine der beiden Zollinhaltserklärungen haltbar aufzukleben. Als Paketkarten sind Auslandsvordrucke zu verwenden. Für Pakete nach Sylt gelten die Inlandsbestimmungen ohne Einschränkung weiter. Die Grenze zwischen der ersten und zweiten Zone des Abstimmungsgebietes Schleswig verläuft vorläufig längs einer Linie nördlich Holnis, Glücksburg, Mürwik, Flensburg, Pattburg, Medelby, Ladelund, Süderlügum, Neukirchen, Klanxbüll und Sylt.

Warmbrunn.

* **Kurtheater.** Gestern stieg nun die Operette: „Die lustige Witwe", der das Publikum mit Spannung entgegensah. Was man sich von der Aufführung versprochen hatte, hat sie gehalten. Die alten lieben Melodien umfingen die Herzen der Zuhörer mit Allgewalt, und als dann im Zwischenakt das schöne Villialied gespielt wurde, summte das Publikum unwillkührlich den Walzer mit. — Die Rollen waren sehr gut verteilt, und jeder der Schauspieler befriedigte das Publikum. Herr Imhof als Mirko Zeta vergnügte die Zuschauer wieder mit seiner Possenreißerei, die zu dem alten verliebten Ehegatten vorzüglich paßten. Frl. Wendt als Partnerin gefiel ebenfalls gut. Sie wußte mit viel Geschick ihre Rolle zu spielen, indem sie den alternden Gemahl nach Möglichkeit hinterging und dabei doch eine „anständige Frau" blieb. Den immer vergnügungssüchtigen Gesandschaftssekretär Danilo Danilowitsch machte Herr Himstedt vorzüglich. Auch sein Gesang war recht gut und dem seiner Partnerin ebenbürtig. Frl. Schindler bezauberte mit Stimme und Spiel, besonders im Zusammenspiel mit Herrn Himstedt, das Publikum von neuem, so daß es ihr reichlich Beifall zollte. Herr Raimond, als Camille de Rosillon, schmachtete seine Geliebte, die „anständige Frau" mit viel Geschick und Anstand an, sodaß sein Spiel sehr echt wirkte. Besonders gefiel wieder sein voller warmer Tenor. Alle andern Rollen waren ebenfalls, wie schon erwähnt, gut verteilt, und jeder auf den Platz gestellt, der ihm am meisten lag. Die Aufführung war eine wohlgelungene, und es ist jedem, der die Operette noch nicht gesehen hat, anzuempfehlen, etwas so Schönes nicht zu verpassen.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, schweizer und französische Frank und Lire sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief" = angeboten; „Geld" = gesucht.)

Börsenplätze	11. 6. Geld	11. 6. Brief	10. 6. Geld	10. 6. Brief	Stand 1. 8. 14
Holland . . Gulden	1423,60	1426,40	1398,60	1401,40	170 Mk.
Dänemark . Kronen	639,35	660,65	649,35	650,65	112 „
Schweiz . . Frank	—	—	—	—	72 „
Amerika . . Dollar	39,07½	39,17½	—	—	4,40 „
England . Pfund	154,55	154,95	151,80	152,20	20,20 „
Frankreich . Frank	—	—	—	—	80 „
Italien . . Lire	219,75	220,25	224,75	225,25	80 „
Dt.Österreich Kronen	27,97	28,03	28,22	28,28	85 „
Ungarn . . Kronen	22,23	22,28	22,47	22,53	85 „
Tschechien . Kronen	87,65	87,85	87,40	87,60	85 „

Börsenplätze	12. 6. Geld	12. 6. Brief	11. 6. Geld	11. 6. Brief	Stand 1. 8. 14
Holland . . Gulden	1423,60	1426,40	1423,60	1426,40	170 Mk.
Dänemark . Kronen	659,35	660,65	639,35	660,65	112 „
Schweiz . . Frank	—	—	—	—	72 „
Amerika . . Dollar	39,35	39,45	39,07½	39,17½	4,40 „
England . Pfund	155,30	155,70	154,55	154,95	20,20 „
Frankreich . Frank	—	—	—	—	80 „
Italien . . Lire	222,25	222,75	219,75	220,25	80 „
Dt.Österreich Kronen	27,47	27,53	27,97	28,03	85 „
Ungarn . . Kronen	22,07	22,13	22,23	22,28	85 „
Tschechien . Kronen	87,15	87,35	87,65	87,85	85 „

Berliner Produktenverkehr. Amtlich festgestellte Preise der Berliner Produktenbörse am 12. Juni: Hafer per 1000 Kilogramm auf Abladung 2640—2600 Mark, ab Station. Tendenz flau.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 150 bis 165 Mark, gelbe und grüne Erbsen 110—135 Mark, Peluschken 100—105 Mark, Ackerbohnen 100—105 Mk., Wicken 80—90 Mark, Lupinen 50—65 Mark, Serradella 45—55 Mark, Wiesenheu, lose 21½—22½ Mark, Stroh, drahtgepreßt 9½—10 Mark, gebündelt 9—9½ Mark, Trockenschnitzel 57—63 Mark, Patent Steffen 95 bis 100 Mark.

* **Deutschland unter Finanzkontrolle.** Nach Meldungen aus Paris sind die Beratungen der alliierten Kommission über die Deutschland zu bewilligende internationale Anleihe abgeschlossen worden. Die Höhe der Anleihe wird sich zwischen 5 und 15 Milliarden bewegen. Der Rest wird in Rohartikeln geliefert und bei der Wiedergutmachung gutgeschrieben. Die Voraussetzung für die Anleihe sei die Unterstellung der deutschen Finanzen und der Steuerverwaltung unter die Überwachung der Ententekommission in Berlin.

* **Abbau der Viehzwangswirtschaft in Anhalt.** Der Zentralviehverband in Dessau leitet den Abbau der Viehzwangswirtschaft in Anhalt ein. Anhalt ist demnach der erste deutsche Staat, der an die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung geht. Vertreter der bayerischen, badischen und württembergischen Regierung haben sich deshalb nach Dessau begeben, um die Organisation der Abbauwirtschaft zu studieren.

* **Achtstundenschicht im sächsischen Bergbau.** Das sächsische Arbeitsministerium verhandelte in Zwickau mit den Betriebsräten des Zwickauer und Lugau-Olsnitzer Kohlenreviers und den Vertretern des Bergbaulichen Vereins über die Wiedereinführung der achten Arbeitsstunde. Die Betriebsräte faßten mit großer Mehrheit eine Entschließung, in der sie anerkennen, daß die ungeheure Kohlennot rasche Abhilfe erfordert, und daß es zurzeit kein anderes Mittel gibt, ihr zu steuern, als bis auf weiteres die achte Arbeitsstunde wieder einzuführen. Die Betriebsräte wollen in diesem Sinne auf die Belegschaften einwirken.

* **Revision des Ausfuhrabgaben-Tarifs.** Die vom Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium zwecks Revision des Ausfuhrabgaben-Tarifs gewählte Kommission hielt kürzlich mit den beteiligten Ressorts ihre zweite Sitzung ab. Es gelangten etwa fünfzig Positionen zur Beratung. Einzelne dieser Positionen wurden erhöht, in einigen Fällen wurde auf Grund ziffermäßiger Nachweise eine Erniedrigung der Sätze vorgenommen. Eine größere Anzahl von Anträgen mußte mangels ausreichender Begründung abgelehnt werden. Eine Freistellung von der Ausfuhrabgabe erfolgte nur in einem Fall.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Neue Verurteilungen pfälzischer Zeitungsmänner.** Vom französischen Kriegsgericht in Landau (Pfalz) wurden wegen Abdruck eines Artikels über die schwarzen Besatzungstruppen, in dem die französischen Behörden eine Beleidigung erblickten, nachstehende Angeklagte verurteilt: Fritz Blaufuß, Verleger des „Nordpfälzer Tageblattes" in Rockenhausen, zu 10 000 Mk. Geldstrafe, Peter Stein, Redakteur dieser Zeitung, zu 6000 Mk. Geldstrafe, Buchdruckereibesitzer und Verleger des „Kirchheimbolander Anzeigers" Ad. [illegible] zu einem Monat Gefängnis und 10000 Mk. Geldstrafe, [illegible] Müller vom „Kusler Tageblatt" zu 1000 Mk. Geldstrafe, Friedrich Porth, Verleger des „Lokalanzeigers" in Odernheim am Glan, zu 1000 Mk. Geldstrafe.

§ **Urteil im Münchener Geiselmordprozeß.** In dem dritten Geiselmordprozeß wurde das Urteil gefällt. Der Angeklagte Josef Walleshauser wurde wegen fortgesetzten Verbrechens des Mordes zum Tode und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer verurteilt. Der zweite Angeklagte Rotter wurde von der Anklage wegen Mordes freigesprochen, dagegen wegen Beihilfe zum Hochverrat zu sieben Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Während der Verlesung des Urteils erlitt der Angeklagte Walleshauser einen schweren Nervenanfall.

§ **Zum Tode verurteilt.** Das Gothaer Schwurgericht verurteilte den Schlächtergesellen Wiegand aus Gotha wegen Mordes an dem Fleischer Backhaus aus Arnstadt zum Tode. Der mitangeklagte Molkereigehilfe Greiner konnte wegen hochgradiger Lungenschwindsucht der Verhandlung, an der er zu Anfang teilnahm, nicht folgen. Das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt.

§ **Der Militärfiskus um 5 Millionen Mark geschädigt.** Vor der Strafkammer in Hannover standen der Kaufmann Hermann Narten und der Schlosser Wilhelm Aller, die auf dem Militärwarendepot in Seelze beschäftigt waren. Sie fälschten Lieferscheine und Empfangsbestätigungen, stellten Richtigkeitsquittungen aus, die sie sich dann von den Militärkassen auszahlen ließen und erbeuteten in kurzer Zeit damit über 5 Millionen Mark. Während der eine sich eine Villa für eine Million Mark einrichtete, vergeudete der andere das Geld. Das Gericht verurteilte Narten zu 3 Jahren Zuchthaus und Aller zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus; beide zu 5 Jahren Ehrverlust.

§ **Sklarz gegen „Rote Fahne".** Karl Liebknechts Ermordung bildete den Hintergrund einer Beleidigungsklage, die von dem vielgenannten Kaufmann Heinrich Sklarz gegen einen Redakteur der „Roten Fahne" angestrengt worden war. Sie gelangte vor einem Berliner Schöffengericht zur Verhandlung. Der Vater des bei Sklarz angestellt gewesenen Kaufmanns Sommerfeld hatte behauptet, Scheidemann und Sklarz seien an der Ermordung Liebknechts insofern beteiligt gewesen, als sie eine Belohnung dafür ausgesetzt gehabt hätten. Diese Behauptung hatte die „Rote Fahne" weiter verbreitet. Im Termin kam schließlich ein Vergleich zustande, indem der Beklagte eine Ehrenerklärung für Heinrich Sklarz abgab, worauf dieser die Klage zurückzog.

Nah und Fern.

o **Folgen der Postgebührenerhöhung.** Der Rückgang des Postverkehrs infolge der Gebührenerhöhung beträgt in Dresden bei Postanweisungen 20 %, bei Zahlkarten 6 %, bei Geldbriefen 24 %, bei Paketen 9 % usw. Obwohl die Gebühren für Telegramme und Ferngespräche erst am 1. Juli erhöht werden, sind sie doch auch bereits um 13 % zurückgegangen, hauptsächlich infolge der wirtschaftlichen Krisis und der Nichtannahme von erkennbaren Schiebertelegrammen.

o **Polnische Konsulate.** Zur Vermeidung von Mißverständnissen teilt die polnische Gesandtschaft in Berlin mit, daß das Visieren von Pässen nur von denjenigen polnischen Konsulaten erledigt werde, in deren Bezirk der betreffende Antragsteller wohnhaft ist. Zurzeit befinden sich in Deutschland folgende polnische Konsulate: Köln, Domhof 28; Essen-Ruhr, Hunssen-Allee 80; Königsberg (Ostpreußen), Kneipphoefische Langgasse 1 bis 4; Breslau, Neue Gasse 18; Hamburg, Michaelisstraße 19; Oppeln, Nikolaistraße 36a; Danzig, polnisches Generalkommissariat, Kennerstiftgasse 18.

o **Karfreitag kein bayrischer Feiertag.** Das bayrische Ministerium hat ein Gesuch der Städte Würzburg und Aschaffenburg, den Karfreitag als gesetzlichen Feiertag festzusetzen, aus verfassungsrechtlichen Gründen abgelehnt.

o **Die deutsche Zentralstelle für Erdbebenforschung,** die sich seit ihrer Begründung in Straßburg befand, hat infolge des Verlustes von Elsaß-Lothringen einen neuen Sitz suchen müssen. Seit dem Mai des vorigen Jahres ist sie nach Jena (Sternwarte) verlegt; sie hofft, wie früher, auch jetzt wieder auf rege Unterstützung durch die weitesten Bevölkerungskreise. Erwünscht ist die Beobachtung jedes Erdbebens, auch der schwächsten Erschütterung, nach Ort, Zeit und sämtlichen irgendwie wahrnehmbaren Wirkungen. Auch Ausschnitte aus den Lokalblättern sind von Wert.

o **Phantasien über kaiserliche Möbel.** Englische Blätter berichteten, daß in Newyork der größte Teil der Möbel aus den kaiserlichen Palästen in Berlin und Potsdam zum Verkauf gelangt sei. Für den Erlös sollten Lebensmittel für Deutschland beschafft werden. Angeblich soll sich unter den zum Verkauf gelangten Gegenständen auch der kaiserliche Thron befunden haben. Diese Meldungen, die auch in die deutsche Presse übergegangen sind, sind frei erfunden.

o **Für eine Million Mark Teppiche gestohlen.** Reiche Beute machten Einbrecher, die in die Wohnung eines Berliner Arztes eindrangen. Die Diebe raubten eine Sammlung von 35 echten Teppichen und stahlen außerdem aus dem Speise- und Wohnzimmer je einen großen Teppich. Der Wert der gestohlenen Teppiche beträgt über eine Million Mark.

o **Unerlaubte Bücherausfuhr.** Die Stadt Lörrach hat, um Frankschulden, die sie in der Schweiz hat, abzulösen, in größtem Umfange Bücher über die Grenze gebracht und dort zum Schaden des legitimen Buchhandels auf eigene Rechnung vertrieben, ohne sich an die Ausfuhrbestimmungen für Bücher zu kehren. Sie berief sich dafür auf eine Generalausfuhrbewilligung einer Karlsruher Stelle. Die zuständige Außenhandelsnebenstelle für das Buchgewerbe ist jedoch nie befragt worden und hat eine Ausfuhrbewilligung nicht erteilt. Das Vorgehen hat in der Schweiz beträchtliches Aufsehen erregt.

o **Preissturz im Weinhandel.** Aus Bingen wird gemeldet: Nachdem der Weinhandel seit einigen Wochen fast gänzlich geruht hat, ist jetzt ein merklicher Preissturz eingetreten. Die Zurückhaltung bei den Winzern hat aufgehört. Der Handel kauft nur das Nötigste, um weitere Senkungen herbeizuführen.

o **Schiffsberaubungen auf dem Rhein.** Die Schiffsberaubungen auf dem Rhein haben einen derartigen Umfang angenommen, daß in Nierstein ein besonderes Gendarmeriekommando zur Überwachung der Schiffahrt eingerichtet wurde.

o **Neue Überdruckmarken.** Die Reichspostverwaltung ist jetzt dazu übergegangen, Postwertzeichen, die infolge der Tariferhöhung nicht mehr oder nur selten noch gebraucht werden, mit neuen Überdrucken, die die neuen Werte zeigen, zu versehen und in den Verkehr zu bringen. Zunächst haben die höheren Werte Überdrucke erhalten. Es ist beabsichtigt, auch die kleineren Werte, namentlich die 5-Pfennig-Marken, durch Überdruck zu verwerten, da von ihnen noch sehr große Bestände vorhanden sind. Die neuen Überdruckmarken werden vom Briefmarkenhandel lebhaft gekauft.

o **Neue Invalidenversicherungsmarken** gelangen vom 1. August ab zur Verwendung infolge der Steigerung der Beiträge. Statt 18, 26, 34, 42 und 50 Pfennig sind zu kleben 0,80 Mk., 1,05 Mk., 1,10 Mk., 1,20 Mk. und 1,40 Mk. Die Zuteilung zu den Lohnklassen bleibt unverändert.

Kurtheater Warmbrunn.

Dienstag, den 15. Juni, abends 7 Uhr: Gastspiel des Operettentenors Paul Gerald aus Breslau **„Die Csikosbaroneß".** Operette in 3 Akten von Georg Jarno. — Gastspielzuschlag 1 —, 0,75, 0,50, 0,25 Mk.

Bürgerverein
Bad Warmbrunn.

Kurtheater.

Die erste der angekündigten **6 Abonnements-Vorstellungen** kann erst für **Mittwoch, den 23. Juni** in Aussicht genommen werden.

Verlängerung des Vorverkaufs der Eintrittskarten bis einschließlich **Sonnabend, den 19. Juni** täglich von 4—7 Uhr im Volksheim.

Wir bitten unsere Mitglieder und deren Angehörige, diese überaus günstige Gelegenheit, die künstlerischen Darbietungen des Kurtheaters preiswert zu genießen, nicht zu versäumen.

Der Vorstand: J. A.: Hüllweck.

Selbstfahrer

für Kranke, tadellos erhalten, spielend leichter Lauf, **mit kompletter Gummi-Bereifung, (kein Vollgummi**

zu verkaufen.

Angebote unter **P. F.** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Deutsche Warte

Tageszeitung
für Lebens-, Wirtschafts- und Bodenreform
mit den Beiblättern
Land- und Hauswirtschaft — Gesundheitswarte — Jugendwarte — Der Sonntag — Frauenzeitung und tägliches Unterhaltungsblatt

Monatlich nur 6 Mark
Berlin NW 6

Kriegsanleihe in jeder Höhe kauft gegen Bar. Fiege Hinderer, Berlin I, Schwedt. Straße 18

Nach langen, schweren Leiden entschlief sanft unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwester und Tante

Frau verw.
Anna Rüffer
geb. Gross

im 79. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Dienstag vom St. Hedwigskrankenhaus, nachmittags 4 Uhr.

Bürgerverein
Bad Warmbrunn.

Spielstunden für Kinder
im Alter von 6—12 Jahren

Mittwochs – den 16., 23. und 30. Juni, den 7. Juli, 25. August, 1., 8. und 15. September,
nachmittags von 4—6 Uhr.

Spielplatz: Schulhof d. Werkenthin-Lyzeum.

Beaufsichtigung durch die Frauenschule des Oberlyzeums unter Leitung von Fräulein Fricke.

Anmeldungen an jedem Spielnachmittag an Ort und Stelle. Beteiligungsgebühr (zur Deckung der Unkosten): je Kind 25 Pfg. für jeden Nachmittag.

Wir bitten die Eltern, ihre Kinder uns anzuvertrauen.

Der Vorstand: J. A.: Hüllweck.

Einen
Arbeitsburschen
stellt sofort ein
Papierhandlung Osw. Weisser.

Die Industrie sucht Ideen u. Erfindungen.
Erfinder
erhalten Anregung zum Erfinden in unserer Broschüre kostenlos.
Piget & Hübscher, Breslau 5. 314

Geld in jeder Höhe gegen monatl. Rückzahlung verleiht sofort
Blume & Co., Hamburg 5.

Röstkaffee
stets frisch,
von eigener Röstung
¼ Pfund Mk. 6,—, 6,75, 7,50 empfiehlt

Waldemar Zimpel,
Ziethenstrasse 20.
Erste Warmbrunner Heißluft-Kaffee-Rösterei mit elektrischem Betrieb.

Gummiwaren
Spülapparate, Frauentropfen und ähnliche
Frauenartikel
Anfrag. erbet. Sanitätshaus **Heusinger, Dresden 130,** Am See 37.

Hausfleissverein Warmbrunn

Richard Curdes,
Gemälde.

6. Sonder-Ausstellung vom 8. Juni bis 3. Juli.

Geöffnet werktags v. 9—½1 u. 3½—7 Uhr.

Wer möchte dringend bedürftige
Offizierswitwe und Kind
auf das Land zur Erholung oder Miterziehung unterbringen?
Wer hilft?
Bund Deutscher Offiziersfrauen e. V.
Berlin SW. 11, Halleschestrasse 20.

Zigarren, Zigaretten
Rauchtabak
gebe ich ab 1. Juni auch
an Verbraucher
ab. Biete beste Qualitäten z. äusserst. Preisen.
Abgabe von Waren erfolgt im Lager meines **Engros-Geschäftes, Hirschberger Strasse 20 a¹.**

Paul Petzold, Warmbrunn

Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer und Private
Zigarren u. Zigaretten
in allen Preislagen von nur erstklassigen Fabriken empfiehlt
Karl Tschauder,
Tabakwaren-Großhandel,
Herischdorf, Scholzenberg, Ungerstr. 6.